

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Innenministeriums

Übergriff von Thüringer Neonazis bei DSDS-Autogrammstunde?

Die **Kleine Anfrage 3171** vom 14. Juni 2013 hat folgenden Wortlaut:

Am 1. Juni 2013 fand unter dem Titel "Tag der deutschen Zukunft/Unser Signal gegen Überfremdung " im niedersächsischen Wolfsburg ein Neonazi-Aufmarsch mit knapp 600 Teilnehmern statt, darunter auch mehrere Angehörige der rechten Szene aus Thüringen. Auf der Rückfahrt sollen ca. 30 Thüringer Neonazis in ein Einkaufszentrum in Magdeburg eingedrungen sein, während dort zur gleichen Zeit unter großer Publikumsbeteiligung eine Autogrammstunde der zwei prominenten Sänger und Castingshow-Teilnehmer (DSDS) Lisa Wohlgemuth und Marco Angelini stattfand. Das Bündnis "Magdeburg Nazifrei" berichtete, dass es dann zu einer zunächst verbalen Auseinandersetzung kam, in deren Folge dann Neonazis auch jugendliche DSDS-Fans verprügelt hätten, dabei seien Fahnenstangen, Regenschirme und Reizgas zum Einsatz gekommen, ein Mann sei mit einer Flasche am Kopf verletzt worden. Während dem Übergriff sollen auch "fremdenfeindliche" Parolen gerufen worden sein. Nach Darstellung von anwesenden Zeugen hätte die Polizei vor Ort angeblich keine Personalien der Angreifer erhoben, diese hätten stattdessen im Anschluss noch einen Einkaufsmarkt aufgesucht und seien dann weiter Richtung Erfurt gereist. Im Nachhinein habe die örtliche Kriminalpolizei Ermittlungen wegen Verdacht des schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung eingeleitet. Im Internet eingestellte Bilder der Demonstration am 1. Juni 2013 in Wolfsburg* belegen, dass dort auch rund 30 Neonazis aus Thüringen beteiligt waren, darunter auch solche aus dem Raum Weimar/Weimarer Land, Eichsfeld und Nordhausen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung zu dem eingangs genannten Vorfall, der sich am 1. Juni 2013 während der Rückreise thüringischer Neonazis von einer rechten Demonstration in Magdeburg ereignete?
2. Ist der Landesregierung bekannt, ob der Übergriff zufällig oder geplant geschah, wenn ja, liegen Informationen vor, gegen wen konkret die Aktion gerichtet war?
3. Kann die Landesregierung bestätigen oder ausschließen, dass wie einige Boulevardmedien berichteten, die Angreifergruppe auch "Jagd auf die Sängerin Lisa Wohlgemuth" machten?
4. Ist der Landesregierung bekannt, ob und gegebenenfalls welche "fremdenfeindlichen" Parolen während des Vorfalls gerufen worden sind?
5. Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über die Mobilisierung und die Anreise von Neonazis aus Thüringen zur eingangs genannten Demonstration am 1. Juni 2013 in Wolfsburg?

6. Kann die Landesregierung bestätigen, dass bei dem Vorfall in Sachsen-Anhalt keine Personalien der mutmaßlich thüringischen Tatverdächtigen aufgenommen wurden, wenn doch, aus welchen Orten Thüringens kamen diese ausweislich der Personalienfeststellung?
7. Ist der Landesregierung bekannt, ob während der polizeilichen Maßnahmen im Rahmen der Demonstration am 1. Juni 2013 in Wolfsburg (Niedersachsen) die Personalien von thüringischen Angehörigen der Neonazi-Szene erfasst bzw. geprüft wurden? Aus welchen Regionen Thüringens kamen diese und um wie viele Personen handelte es sich?
8. Wurde die Gruppe von verdächtigen Neonazis bei ihrer Weiterfahrt nach bzw. in Thüringen von Thüringer Polizeibeamten begleitet bzw. fand in Thüringen noch eine weitere Identitätsfeststellung in dem Zusammenhang statt, wenn ja, wann, an welchem Ort und bei wie vielen Personen, wenn nein, warum nicht?
9. Wird nach Kenntnissen der Landesregierung derzeit wegen des Vorfalls am 1. Juni 2013 in Magdeburg gegen Neonazis wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs, der gefährlichen Körperverletzung oder der Volksverhetzung ermittelt bzw. wurden bereits Tatverdächtige identifiziert?
10. Falls thüringische Tatverdächtige aus der neonazistischen Szene für den Übergriff in Magdeburg am 1. Juni 2013 bereits identifiziert wurden, sind diese in rechten Gruppierungen im Freistaat aktiv und waren diese in der Vergangenheit bereits an ähnlichen Straftaten beteiligt?

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. Juli 2013 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkungen:

Die der Kleinen Anfrage zu Grunde liegenden Sachverhalte ereigneten sich nach Darstellung der Fragestellerin nicht im Freistaat Thüringen.

Somit beziehen sich die Einzelfragen bzw. der jeweilige Kontext nicht auf ein Themenfeld, welches zum Kompetenzbereich der Thüringer Landesregierung gehört. Der Verantwortungsbereich und die damit im Zusammenhang stehende Auskunftspflicht, aber auch das entsprechende Auskunftsrecht der Landesregierung umfasst jedoch nach einschlägiger Rechtsprechung (lediglich) alle Gegenstände, für die sie mittelbar oder unmittelbar zuständig ist.

Hier ist bekannt, dass im Sachzusammenhang mit der Demonstration in Wolfsburg sowie den Ereignissen rund um die DSDS-Autogrammstunde in Magdeburg derzeit in den anderen Bundesländern Ermittlungsverfahren anhängig sind. Jegliche Auskünfte zu diesen Ermittlungsverfahren obliegen somit dem Entscheidungsvorbehalt der zuständigen Staatsanwaltschaft.

Zu 1. bis 4.:

Auf die Vorbemerkungen wird verwiesen.

Zu 5.:

Eine breite Mobilisierung fand im Internet statt. So wurde u. a. auf den Internetseiten der "Aktionsgruppe Nordhausen", des "Germania-Versands", der "Aktionsgruppe Weimarer Land", des "FN Kahla" sowie der Wählergemeinschaft "Bündnis Zukunft Hildburghausen" die Veranstaltung beworben.

Die Thüringer Rechtsextremisten beabsichtigten, zu der Veranstaltung mit einem Reisebus aus dem Südtüringener Raum anzureisen. Eine Anreise mit der Bahn wurde von der rechtsextremistischen Szene ebenfalls nicht ausgeschlossen.

Zu 6. und 7.:

Auf die Vorbemerkungen wird verwiesen.

Zu 8.:

Die Bundespolizeiinspektion Erfurt teilte der örtlich zuständigen Thüringer Polizeidienststelle am 1. Juni 2013 gegen 21:45 Uhr fernmündlich mit, dass sich ca. 40 Personen des rechten Spektrums mit dem Zug auf der Rückreise von der in Rede stehenden Demonstration in Wolfsburg befinden.

Auf Grund dieser Information wurden im Rahmen der Gefahrenabwehr umgehend die Bahnhöfe Apolda und Weimar mit Polizeikräften besetzt. Am Hauptbahnhof Weimar stiegen 16 Personen aus, die dem rechten Klientel zuzuordnen waren.

Die Gruppe (nunmehr nur noch aus 14 Personen bestehend) bestieg nach kurzem Aufenthalt den Anschlusszug in Richtung Kranichfeld. In Tannroda verließen elf Personen der Gruppe den Zug und begaben sich auf eine Feierlichkeit.

Im Rahmen des Einsatzes wurden keine Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung festgestellt. Eine Identitätsfeststellung wurde auf Grund der fehlenden Ermächtigung nicht durchgeführt.

Zu 9. und 10.:

Auf die Vorbemerkungen wird verwiesen.

In Vertretung

Rieder
Staatssekretär

Endnote

* <http://bit.ly/12rkR3K>